Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jeffrey Sachs: „Trump hat faktisch die Realität einer multipolaren Welt akzeptiert“
2. „Offenbarungseid europäischer Inkonsequenz“: EU-Staaten zahlten für Putins Gas genauso viel wie für Ukrainehilfe
3. So kann Kallas nicht mehr lange weitermachen
4. „Schmerzhafte“ Reaktion: Putin droht nach Angriffen auf Krim-Brücke mit Vergeltung
5. »Die Brandmauer abzulehnen, heißt nicht, ins Feuer zu springen«
6. Entrüsten wir uns!
7. Eine einzige Abschiebung nach Ruanda darf eine Million kosten
8. Aus Bequemlichkeit abgeführt
9. Öfter sehr arm
10. Laut EU-Kommission wächst Deutschland mit Rüstung und spart bei Gesundheit
11. Arbeit als Lohn
12. Steigende Energiepreise: Wärme wird zum teuren Luxus
13. Weltenergiebericht der IEA: Iran-Krieg löst größten Energieversorgungsschock der Geschichte aus
14. Medienwissenschaft versagt beim Thema Desinformation
15. Die Entwicklung einer Superintelligenz muss gestoppt werden

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jeffrey Sachs: „Trump hat faktisch die Realität einer multipolaren Welt akzeptiert“**

Der Ökonom und Diplomat Jeffrey Sachs sagt: Es sei historisch, dass Donald Trump sich mit Xi und Putin gleichrangig an einen Tisch setzt. Die unipolare Welt, in der die Weltmacht USA alles allein bestimmen konnte, ist an ihr Ende gekommen.
Anders als andere Kommentatoren sieht Jeffrey Sachs den Dreiergipfel von China, Russland und den USA in Shenzhen positiv: Das Treffen an sich sei bereits „ein Beitrag zum Frieden“, so Sachs im Interview mit World News Monitor. Für Europa sieht Sachs eine wichtige Erkenntnis: Die Großmächte werden künftig Entscheidungen auch über Europas Sicherheit treffen, „unabhängig davon, ob Europa sich entscheidet, mit am Tisch zu sitzen“.
Quelle: World News Monitor

dazu: **Shenzhen-Gipfel: Nicht Putin ist isoliert, sondern die EU-Führung**
Der Shenzhen-Gipfel der “großen Drei” war doch kein “Jalta 2.0”. Europa wurde nicht neu aufgeteilt, die Ukraine wurde nicht “verraten”. Für die EU brachte er dennoch eine wichtige Erkenntnis. Die Lehre aus Shenzhen: Kremlchef Putin ist nicht isoliert – im Gegenteil: Nach einem Tête-à-tête mit dem chinesischen Präsidenten Xi wurde er von US-Präsident Trump wie ein alter Freund begrüßt. Man mag dies amoralisch oder grotesk finden, doch es ist ein Fakt. Der jahrelange Versuch der EU, Putin mit Sanktionen und diplomatischen Manövern international zu isolieren, ist endgültig gescheitert. Isoliert steht hingegen die EU-Führung um von der Leyen und Kallas da. Sie wollte die EU zu einem weltweit beachteten “geopolitischen Akteur” machen – doch sie war nicht einmal nach Shenzhen eingeladen! Während die EU vor zwanzig Jahren noch ein wichtiger Akteur in Afrika, im Nahen Osten und im Iran war, spielt sie heute kaum noch eine Rolle. Kein Wunder, denn die EUropäer kennen nur noch ein Thema: die Ukraine.
Quelle: Lost in EUrope

dazu auch: **Geteiltes Echo auf den Gipfel aus dem globalen Süden**
Brasiliens Präsident Lula soll das Treffen der drei Großmächte angeregt haben. Indonesien und Mexiko sind begeistert. In Indien und Südafrika äußern Beobachter dagegen Vorbehalte. Sie warnen vor einer Verständigung der Großmächte auf Kosten anderer Staaten.
Eine überraschende Darstellung zur Entstehung des Dreiergipfels von Xi Jinping, Donald Trump und Wladimir Putin kommt aus Kanada. Nach Angaben von Premierminister Mark Carney war es Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der die Begegnung der drei Staatschefs vorgeschlagen hatte, um auf ein Ende des Ukrainekrieges hinzuwirken.
Quelle: World News Monitor

und: **Rambo-Zambo im Kanzleramt – wir feiern hier ‘ne Party und ihr seid nicht dabei**
Im südchinesischen Shenzhen sitzen heute Donald Trump, Xi Jinping und Wladimir Putin zum ersten Mal zu dritt an einem Tisch. Die Welt schaut nach Asien. Keine Atempause. Geschichte wird gemacht. Es geht voran. Doch in Berlin will man nicht vollends unbedeutend im Abseits stehen und hat kurzerhand einen „Gegengipfel“ einberufen: 37 Länder, ein Kanzler, eine Mission. Wer von den coolen Jungs nicht eingeladen wird, feiert eben selbst oder er tut zumindest so. Fragt sich nur, ob das irgendjemand merkt.
Quelle: Jens Berger auf den NachDenkSeiten

2. **„Offenbarungseid europäischer Inkonsequenz“: EU-Staaten zahlten für Putins Gas genauso viel wie für Ukrainehilfe**
Jeweils rund 232 Milliarden Euro gingen einem Bericht zufolge seit 2022 an Russland und die Ukraine. Deutschland war dabei noch vergleichsweise ukraine-freundlich. Sehr negativ fällt die Bilanz für Frankreich und Italien aus.
EU-Staaten haben seit Beginn des russischen Angriffskrieges etwa genauso viel Geld für Energieimporte aus Russland gezahlt, wie sie der Ukraine finanzielle Hilfen zukommen ließen. Das berichtet der „Spiegel“ unter Berufung auf eine Antwort der EU-Kommission. Die Frage hatte der EU-Abgeordnete Moritz Körner (FDP) gestellt. Demnach investierten die EU und ihre Mitgliedsländer zwischen 2022 und Mitte Oktober 2026 insgesamt 231,5 Milliarden Euro in die Unterstützung der Ukraine gegen Moskaus Angriffskrieg. Im selben Zeitraum seien 232,05 Milliarden Euro nach Russland geflossen, hauptsächlich im Gegenzug für Gas, obwohl der Import seit 2022 stark zurückgefahren wurde.
Quelle: Tagesspiegel

dazu auch: **Selenskyj: Ukraine braucht im kommenden Jahr 115 Milliarden Euro**
Die Ukraine braucht weitere Milliarden-Hilfen. Donald Trump sagt: Das Geld könnte besser verwendet werden. Friedrich Merz lobt die Angriffe auf die Krim-Brücke, deutet aber mögliche Lockerungen bei Sanktionen an.
Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat den Finanzbedarf seines Landes für das kommende Jahr auf 115 Milliarden Euro beziffert. Bei einem Pressegespräch am Donnerstagabend in Berlin erklärte er, dass davon bislang 45 Milliarden Euro durch ein bereits vereinbartes EU-Darlehen vorgesehen seien. Weitere 70 Milliarden Euro müssten aufgebracht werden. Inzwischen gebe es positive Signale für zusätzliche Hilfen von 45 Milliarden Euro. Damit wären insgesamt 90 Milliarden Euro in Aussicht,

allerdings noch nicht vollständig bewilligt. „90 sind näher an 115 als 45“, sagte Selenskyj laut dem ukrainischen Fernsehsender TSN. „Wir werden die weiteren 25 Milliarden finden.“
Selenskyj räumte zudem ein, dass Kiew 2028 möglicherweise einen gleich hohen Betrag benötigen könnte.
Quelle: World News Monitor

3. **So kann Kallas nicht mehr lange weitermachen**
Die Chefdiplomatin der EU wurde von den Staats- und Regierungschefs aus dem Verhandlungsteam für künftige Ukraine-Friedensgespräche ausgeschlossen. Doch statt sich zurückzuziehen, schlägt die Estin betont harte Töne an. Kann das gutgehen?
Seit zwei Jahren führt Kaja Kallas den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Die Russland- und Ukraine-Politik galt von Beginn an als ihr zentrales Anliegen. Umso härter traf sie die Entscheidung beim Treffen der EU-Führung in Dublin.
Dort verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die EU bei Verhandlungen durch eine Siebenergruppe zu vertreten — bestehend aus den Vertretern der sogenannten G-5-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen) sowie Repräsentanten von EU-Kommission und Europäischem Rat. Für Kallas und ihren Auswärtigen Dienst blieb kein Sitz am Verhandlungstisch.
Quelle: Lost in EUrope

dazu auch: **Ukraine-Konflikt: Die Kakophonie europäischer Diplomatie**
Bei den bisherigen Verhandlungen zur Regulierung des Ukraine-Konflikts blieben die Europäer – verstanden als die EU und Großbritannien – außen vor. Sie saßen nicht mit am Verhandlungstisch. Das soll sich nun ändern. Die Europäer haben ein Verhandlungsteam benannt, das in Verhandlungen mit Russland eintreten soll. Wann, ist unklar. Warum man, um mit geeinter Stimme zu sprechen, gleich sieben Vertreter braucht, ebenfalls. Die Europäer arbeiten weiter an ihrer Marginalisierung, zeigt der Vorgang in seiner Absurdität.
Quelle: Gert-Ewen Ungar auf den NachDenkSeiten

4. **„Schmerzhafte“ Reaktion: Putin droht nach Angriffen auf Krim-Brücke mit Vergeltung**
Nach ukrainischen Angriffen auf die Krim-Brücke kündigt Putin eine Reaktion an. Einer möglichen Waffenruhe im Schwarzen Meer oder für Energieinfrastruktur erteilt er eine Absage.
Russlands Präsident Wladimir Putin hat der Ukraine nach den wiederholten Angriffen auf die Krim-Brücke mit Vergeltung gedroht. Er gehe davon aus, dass die russischen Gegenmaßnahmen „weitaus schmerzhafter“ ausfallen würden als die Schäden, die

Kiew an der Brücke verursacht habe, sagte er laut der russischen Nachrichtenagentur Interfax.
Putin erklärte laut Reuters, er habe mit dem russischen Sicherheitsrat über einen möglichen Stopp der Angriffe im Schwarzen Meer und auf Energieanlagen gesprochen. Dabei habe er „alle gebeten, dies noch einmal zu überdenken und darauf zurückzukommen, in der Hoffnung, dass vielleicht eine Art Einigung erzielt werden könnte“. Er fügte hinzu: „Nach den Angriffen auf die Krim-Brücke wird es keine Vereinbarungen mehr geben. Wir werden auf diese Angriffe reagieren.“
Quelle: Berliner Zeitung

dazu: **Nach dem Schlag gegen die Krim-Brücke kochen in Russland die Emotionen hoch**
Quelle: NachDenkSeiten

5. **»Die Brandmauer abzulehnen, heißt nicht, ins Feuer zu springen«**
Führende Gründungsmitglieder des BSW wenden sich gegen Sahra Wagenknecht und die Fraktion in Sachsen-Anhalt: Eine Annäherung an die AfD gefährde die Existenz der Partei.
Das BSW hatte sich 2024 als Partei für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Vernunft gegründet – als alternatives politisches Angebot zu den etablierten Parteien wie auch zur AfD.
Es war und ist ein Hoffnungsprojekt für viele Menschen in Ost und West, die den Militarisierungskurs ablehnen und gleichzeitig keine neoliberale und völkisch spaltende Politik wollen. Jetzt droht das hoffnungsvolle Projekt zu entgleisen. […]
Einzelnen Anträgen zuzustimmen, ist etwas anderes, als eine politische Kooperation mit einer neoliberalen, militaristischen und in relevanten Teilen völkischen Partei einzugehen. Sollte die BSW-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt der AfD den Weg zur Macht ebnen, würde das die Partei bundesweit schwer belasten.
Quelle: Zeit Online

dazu auch: **Zwei BSW-Gründer warnen im Gastbeitrag: Der 'Magdeburger Weg' ist ein Irrweg**
Das BSW in Sachsen-Anhalt nähert sich der AfD an. Zwei Gründer und Vizechefs der Partei warnen hier eindringlich vor diesem Weg. Seit Anfang des Monats leitet Claudia Wittig, BSW-Fraktionsvizechefin, den Bildungsausschuss im Landtag von Sachsen-Anhalt. Zustehen würde dem BSW mit seinen fünf Abgeordneten der Vorsitz nicht – die AfD hat ihn abgetreten. Solche Geschenke haben in der Politik meist ihren Preis. Der Vorsitz ist nur das jüngste Signal der Annäherung an die AfD. Auf dem Parteitag Ende November muss das BSW klären, ob es eine eigenständige Kraft bleiben will.

Quelle: t-online

6. **Entrüsten wir uns!**
   Ingrid Schreyer hat Anfang der 1990er einen Raketenübungsplatz an der Ostsee verhindert und jetzt aufgeschrieben, wie so etwas geht.
   Dieses Buch ist auf dem kurzen Dienstweg zu mir gekommen – überreicht von der Autorin und mit einer Widmung versehen. Ingrid Schreyer war mit ihrem Sohn Paul beim „Festival der Meinungsfreiheit" in Magdeburg – Wahlkampfhöhepunkt des BSW in Sachsen-Anhalt und zugleich eine Art Familientreffen, da sich die Partei entschieden hatte, Menschen auf die Bühne zu stellen, die seit 2020 in Ungnade gefallen sind, weil sie die Corona-Politik kritisiert haben. „Who's who der Gegenöffentlichkeit", hat meine Frau das in ihrem Bericht genannt, Überschrift: „Im Osten was Neues".
   Quelle: Freie Medienakademie
7. **Eine einzige Abschiebung nach Ruanda darf eine Million kosten**
   Deutschland muss sparen. Das wird zumindest tagtäglich verkündet, wenn erklärt wird, warum das Rentenalter erhöht, die Arbeitszeitregelung für junge Mütter »gelockert« und der Achtstundentag abgeschafft werden soll. Dass Milliarden für Krieg und Aufrüstung nicht im Widerspruch dazu stehen, ist längst bekannt. Aber diese Woche verkündete die Bundesregierung die nächste grausame Sinnlosausgabe: 20 Millionen für Abschiebezentren in Ruanda. Gemeinsam mit vier weiteren EU-Ländern möchte man 2027 ein solches in Betrieb nehmen.
   Über die genauen Pläne ist noch wenig bekannt, aber circa zwanzig Personen sollen aus Deutschland nach Ruanda abgeschoben werden. Eine einzige Person lässt man sich also eine stolze Million kosten. Der Mindestsatz für das Bürgergeld liegt für alleinstehende Personen aktuell bei 563 Euro im Monat. Von demselben Geld könnten die zwanzig Menschen fast 150 Jahre lang Bürgergeld beziehen. Soviel zur »Entlastung des Sozialstaats«, die immer wieder zur Legitimation von Antimigrationspoltik ins Feld geführt wird.
   Quelle: Jacobin

   dazu auch: **Juristin Jessica Hamed: „Der Mensch darf nicht zum bloßen Objekt staatlichen Handelns werden"**
   Die Hamburger Strafrechtsprofessorin Jessica Hamed erkennt in der jüngsten Idee zu Abschiebungen nach Ruanda einen „Trend zum präventiv steuernden Staat". Er greife „zunehmend bereits dann ein, wenn jemand etwas tun könnte". Das gefährde die Grundrechte.
   Grundrechte zeigen „ihren Wert vor allem dort, wo Minderheiten betroffen sind", sagt

die Hamburger Strafrechtsprofessorin Jessica Hamed im Interview mit World News Monitor. Menschen ohne Aufenthaltsrecht gehören dazu. Eine Grundrechtseinschränkung für einzelne Gruppen kann nämlich, gerade wenn eine „Sündenbock"-Ideologie Konjunktur hat, unversehens normative Folgen haben: Wer bei den Grundrechten einer Minderheit „Abstriche macht, weil es politisch opportun erscheint, verschiebt Maßstäbe, die irgendwann für alle gelten".
Quelle: World News Monitor

8. **Aus Bequemlichkeit abgeführt**
   Die Aktivistin Iris Hefets von der Jüdischen Stimme wird vor Gericht freigesprochen. Polizisten hatten sie ohne Rechtsgrundlage kurzzeitig festgenommen.
   Das Protestschild, das Iris Hefets, ehemalige Vorsitzende des Vereins Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden, bei der Kundgebung gegen den Krieg in Gaza im Juni 2025 dabei hatte, war LKA-geprüft. Schon Monate vorher war ihr das Schild mit der Aufschrift „Jews Against Genocide" und der Abbildung eines roten Davidsterns von der Polizei abgenommen worden. Nach umfangreicher Prüfung erhielt sie es zurück – mit einem Aufkleber des Landeskriminalamts samt einer Vorgangsnummer, der an jenem Tag weiter am Griff haftete.
   Quelle: taz
9. **Öfter sehr arm**
   Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Deutschland befindet sich nach den aktuellsten Daten auf dem zweithöchsten Niveau seit 1992. Die Quote der Haushalte, die in Armut leben, liegt ebenfalls nah am Höchststand der vergangenen Jahrzehnte. Gegenüber 1992 hat sie um 45 Prozent zugenommen. Der Anteil der sehr Armen ist sogar um 76 Prozent gestiegen. Parallel dazu ist die untere Mittelschicht deutlich geschrumpft.
   Dagegen ist die Spreizung bei den Stundenlöhnen seit Mitte der 2010er-Jahre zurückgegangen, weil der gesetzliche Mindestlohn eine Untergrenze eingezogen hat. Ein wichtiger Grund für die unterschiedlichen Entwicklungen bei Einkommens- und Lohnungleichheit ist, dass die Umverteilung durch Steuern und Sozialtransfers in der letzten Dekade abgenommen hat. Hinzu kommt der über die Zeit gestiegene Anteil an Teilzeitbeschäftigung, oft als Folge unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des WSI.
   Quelle: Böckler Impuls
10. **Laut EU-Kommission wächst Deutschland mit Rüstung und spart bei Gesundheit**
    Wer 2027 eine Lohnerhöhung oder Rentenanpassung von weniger als 3,2 Prozent bekommt, kann sich danach weniger kaufen als heute, denn so hoch soll die Teuerung

in Deutschland laut der Herbstprognose der EU-Kommission vom Dienstag steigen, und als einen der Gründe nennt Brüssel neben den Energiepreisen ausdrücklich die höheren Zuzahlungen für Medikamente, mit denen die Koalition bei der Gesundheit spart. Wer viele Arzneimittel braucht, sollte ab Januar jede Quittung aufheben: Laut § 62 SGB V zahlt niemand im Jahr mehr zu als 2 Prozent seiner Bruttoeinnahmen, chronisch Kranke in Dauerbehandlung 1 Prozent, und ist die Grenze erreicht, muss die Kasse ihn für den Rest des Jahres befreien.
Quelle: Norbert Fleischer

Anmerkung unseres Lesers F.K.: *Eigentlich ist die ganze gesellschaftliche Entwicklung der reine Wahnsinn! Mich wundert, dass noch so viel bleierne Ruhe im Lande ist. Ich habe den Umbruch im Jahre 1989 in der DDR erlebt, da hatte es auch viel zu lange gedauert.*

11. **Arbeit als Lohn**
Schlecht bezahlte Angestellte und rechtlose Patienten prägen das derzeitige Bild in Care-Berufen.
Die Ideologie der Privatisierung gesellschaftlicher Ebenen hat schon lange den dritten Sektor der Volkswirtschaft, die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen beziehungsweise den Care-Bereich, erreicht — mit fatalen Folgen für die Menschen, die dort arbeiten. Die Beschäftigten mussten und müssen ungeheuerliche Veränderungen über sich ergehen lassen, die nicht nur Auswirkungen auf die tägliche Arbeit haben, sondern ihre gesamte Lebenssituation beeinflussen. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist ein milliardenschweres Monopoly-Spiel im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich gestartet worden. Komplette Einrichtungen werden geschlossen oder rutschen in die Insolvenz, weil sie nicht den erwarteten Gewinn erwirtschaften. Zur gleichen Zeit sind im Rahmen weiterer Konzentration auf dem Care-Markt gigantische Fusionen entstanden, und von Private-Equity-Finanzinvestoren werden Einrichtungen des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereichs finanziell ausgesaugt.
Quelle: Manova
12. **Steigende Energiepreise: Wärme wird zum teuren Luxus**
Ein warmes Zuhause ist bei Weitem nicht für alle Menschen selbstverständlich. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts konnten im vergangenen Jahr rund 4,7 Millionen Menschen ihre Wohnung nicht richtig heizen.
Heizen bleibt für Millionen Menschen in Deutschland ein finanzielles Problem. Im vergangenen Jahr lebten rund 4,7 Millionen Menschen in Haushalten, die nach eigener Einschätzung ihre Wohnung oder ihr Haus aus Geldmangel nicht angemessen warmhalten konnten. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Das entsprach 5,7

Prozent der Bevölkerung. Verglichen mit 2024 ging der Anteil leicht zurück. Damals betrug er 6,3 Prozent.
Deutschland lag damit unter dem EU-Durchschnitt. I
Quelle 1: tagesschau
Quelle 2: BR24

13. **Weltenergiebericht der IEA: Iran-Krieg löst größten Energieversorgungsschock der Geschichte aus**
Ein schnellerer Umstieg auf Strom könnte die weltweite Ölnachfrage bis 2035 deutlich senken. Zugleich ließe sich die Abhängigkeit von Energieimporten verringern.
Der Krieg am Golf hat nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) den größten Energieversorgungsschock der Geschichte ausgelöst. In ihrem am Donnerstag veröffentlichten Weltenergiebericht warnt sie vor langfristigen Folgen der unterbrochenen Öl- und Gaslieferungen durch die Straße von Hormus. Zugleich könnte die Krise den Umstieg auf Strom und heimische Energiequellen beschleunigen. Bislang seien Lieferungen von insgesamt 2,8 Milliarden Barrel Öl und 60 Milliarden Kubikmetern Erdgas ausgefallen. Vor der Krise wurden etwa ein Fünftel der weltweiten Öl- und Flüssigerdgaslieferungen durch die Meerenge zwischen dem Persischen Golf und dem Golf von Oman transportiert. IEA-Chef Fatih Birol sagte der Nachrichtenagentur Reuters, die Energiewelt werde nach dem Krieg nicht mehr dieselbe sein.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unsteres Lesers L.K.: *Was die Berliner Zeitung unterschlägt: Erstens der Name des Auslösers. Trump – USA haben diesen völkerrechtwidrigen Angriffskrieg begonnen. Es ist Trumps Krieg. Die IEA spricht vom „Konflikt im Nahen Osten“ und von „Störungen der Schifffahrt durch die Straße von Hormus“. Diese Euphemismen verschleiernder Propaganda wird von der Berliner Zeitung übernommen und schreibt vom „Krieg am Golf“, vom „Iran-Krieg“ und vom „Konflikt zwischen den USA und dem Iran“. Wer den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg am 28. Februar 2026 begonnen hat, steht in keiner dieser Formulierungen.*

Der Vergleich mit 2022 zeigt, dass es nicht an der Sprache der IEA alleine liegt: Damals beschrieb die IEA die erste globale Energiekrise ausdrücklich als ausgelöst durch Russlands Einmarsch in die Ukraine. Dieselbe Institution, dieselbe Art von Schock, zwei Arten der Benennung. Das ist die Asymmetrie – von der Berliner Zeitung fortgesetzte Propaganda durch Weglassen und Verschleierung.

Zweitens der Blickwinkel der IEA wird übernommen: Die IEA wurde 1974 als Antwort der Verbraucherländer auf das Ölembargo gegründet; ihr Auftrag ist die

Versorgungssicherheit ihrer Mitglieder, zu denen Deutschland gehört. „Versorgungsschock“ beschreibt etwas aus der Sicht derer, deren Versorgung gestört ist. Dass ein Verbündeter der Gemeinschaft der Versorgungssicherheit durch einen Angriffskrieg den „Versorgungsschock“ verursacht hat und für uns die „Drecksarbeit“ erledigt, wird verschoben. Und: Aus der Sicht der Menschen in Iran, der Seeleute in der Meerenge und der Haushalte in Bangladesch ist es kein Schock der Versorgung, sondern Trumps Krieg, der sie trifft.

Drittens die Rechnung des Klimas: Rechnerisch entsprechen 2,8 Milliarden Barrel Öl bei der üblichen Umrechnung von rund 0,43 Tonnen CO2 je Barrel etwa 1,2 Milliarden Tonnen CO2, rund zwei Jahre deutscher Emissionen. Tatsächlich sinken die weltweiten fossilen Emissionen 2026 nach dem Global Carbon Project aber nur um rund 0,4 Prozent auf 38,2 Milliarden Tonnen, weil anderswo mehr gefördert, mehr Kohle verbrannt und weniger, aber teurer verbraucht wird. Trumps Angriffskrieg ist kein Klimaschutz. Er verschiebt Emissionen, er vernichtet Nachfrage bei denen, die sich Energie nicht mehr leisten können, und er treibt einen Teil Asiens zurück zur Kohle. Kriege sind kein Klimaschutz. Kriege um nuklear – fossile Energieträger sind eine Hauptursache der Sicherung nuklear – fossiler Lebensweise der Milliardäre und ihrer Gefolgschaften.

14. **Medienwissenschaft versagt beim Thema Desinformation**
    Qualitätsjournalismus soll vor Desinformation schützen? Eine Studie der Universität Zürich behauptet das, belegt es aber nicht.
    Im jüngsten Jahrbuch «Qualität der Medien» veröffentlichte das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (Fög) eine Studie zum Thema Desinformation. Im Interview mit SRF fasste der Studienautor Mark Eisenegger das Ergebnis so zusammen: «Der Hauptbefund unserer Studie ist, dass die Nutzung von Qualitätsjournalismus vor Desinformation schützt.» Dieser Befund ist zwar im Sinn der Förderpartner des Forschungszentrums, doch die Studie ist nicht neutral und verstösst gegen wissenschaftliche Standards.
    Quelle: Infosperber
15. **Die Entwicklung einer Superintelligenz muss gestoppt werden**
    In den kommenden Monaten könnte Anthropic bereits in der Lage sein, den Menschen im Entwicklungsprozess von KI zu ersetzen. Dieser Kontrollverlust darf niemals geschehen.
    Nach der Niederlage von US-Präsident Trump bei den Midterms stürzten KI- und Tech-Aktien ins Bodenlose. Einige sprachen bereits vom Platzen der KI-Blase. Zuletzt hat sich der Markt wieder erholt, aber die Nervosität bleibt, weil es sich offenkundig

um eine aus heutiger Sicht beispiellose Überbewertung der KI-Werte handelt. Für die Annahme der KI-Zweifler, dass sich mit dem Absturz der Firmenwerte etwas an der ungehemmten Weiterentwicklung von KI ändern werde, fehlt jedoch jede Grundlage. Das liegt am Fortschritt und dem Entwicklungstempo der Künstlichen Intelligenz durch die Anwendung von RSI.
Quelle: Overton Magazin